



Ausschuß für Migrationsangelegenheiten

38. Sitzung (nichtöffentlicher Teil)^{*)}

16. September 1999

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.15 Uhr bis 12.00 Uhr

Vorsitz: Christiane Bainski (GRÜNE)

Stenograph: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

2 Arbeit des Landesentrums für Zuwanderung Nordrhein-Westfalens

Vorlage 12/2853

1

Dem Sachstandsbericht durch die Leiterin des Zentrums für Zuwanderung, Dr. Lale Akgün, schließt sich eine Aussprache an.

^{*)} Öffentlicher Teil mit TOP 1 siehe APr 12/1334

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Haushaltsgesetz 2000)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/4200

4

Der Ausschuß nimmt einen ausführlichen Bericht durch Staatssekretär Dr. Baedeker entgegen und verständigt sich auf den weiteren Terminfahrplan.

4 Migrantinnen und Migranten im Sport

6

Der Ausschuß nimmt einen Sachstandsbericht durch Staatssekretär Dr. Baedeker entgegen, dem sich eine Aussprache anschließt.

5 Antidiskriminierungsprojekte

Vorlage 12/2909

11

Der Ausschuß nimmt einen Sachstandsbericht durch Staatssekretär Dr. Baedeker entgegen, dem sich eine Aussprache anschließt.

6 Verschiedenes

a) Termin am 23. September 1999

b) Termin am 28. Oktober 1999

Zu den Unterpunkten a) und b) siehe Seiten 17 und 18 des Diskussions-
teils.

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Haushaltsgesetz 2000)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/4200

Staatssekretär Dr. Baedeker führt in die ausschlußrelevanten Teile des Einzelplans 15 - das Kapitel 15 060 und das Kapitel 15 510 - ein:

"Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Mit dem Haushaltsentwurf 2000 wollen wir die Politik dieser Legislaturperiode fortsetzen, die Eingliederungsmöglichkeit von Zuwanderinnen und Zuwanderern in Nordrhein-Westfalen verbessern. Denn die integrationspolitischen Herausforderungen sind in den letzten Jahren ja keineswegs geringer geworden. Die überdurchschnittliche Belastung von Ausländern und Spätaussiedlern durch Arbeitslosigkeit, die in diesem Ausschuß bereits mehrfach diskutierte Problematik des Spracherwerbs bei Deutschstämmigen und auch bei ausländischen Zugewanderten, die Schwierigkeiten des Zusammenlebens in Nachbarschaft mit Menschen unterschiedlicher Herkunft, die auch zu zahlreichen sozialen Problemen führen, sind Stichpunkte, die deutlich machen, daß sich aus der Entspannung auf der Zuwanderungsseite, die wir feststellen können, keineswegs automatisch ein Nachlassen in den integrationspolitischen Anstrengungen ergeben darf.

Mit dem Entwurf des Haushalts 2000 haben wir sichergestellt, daß für die Programmtitel auch im Jahr 2000 die finanziellen Mittel zur Verfügung stehen, die wir im laufenden Haushaltsjahr einsetzen können. Das gilt sowohl für den größten integrationspolitischen Haushaltsansatz, nämlich die Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer und Migrantinnen mit 21 Millionen DM, wie auch die kleineren Ansätze bei den Titelgruppen 61 bis 63. Dabei handelt es sich einmal um die Durchführung von Aufgaben nach § 96 BVFG mit 3,59 Millionen DM, für Untersuchungen, Veranstaltungen und Informationsmaßnahmen auf dem Gebiet der sozialen Eingliederung von Zuwanderern mit 800.000 DM und für die Förderung von Maßnahmen und Initiativen gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung sowie zur friedlichen Konfliktregelung in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf mit 1,7 Millionen DM.

Der ebenfalls überrollte Ansatz für die soziale und berufliche Integration von Spätaussiedlern in Höhe von 2,8 Millionen DM wird auch im nächsten Jahr sicherstellen, daß eine große Zahl der zugewanderten Spätaussiedler die Chance erhält, an einem berufsorientierten Sprachkurs teilzunehmen. Das halte ich für eine besonders wichtige Maßnahme. Der Erfolg dieser Maßnahmen hat sich in der Zwischenzeit auch weit über die Landesgrenzen hinaus herumgesprochen. Wir haben eine Vermittlungsquote von über 40 % der Sprachkursteilnehmer in Beschäftigungen. Das ist so überzeugend, daß inzwischen auch der Bund die Erkenntnisse aus diesem innovativen Ansatz der berufsorientierten Sprachförderung in seine Sprachförderpolitik übernommen hat.

Auch die Mittel in Höhe von 450.000 DM für die Förderung der Arbeit der Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte, der LAGA, werden wir in unvermindertem

Umfang fortführen. Wer die von hohem Sachverstand und großem Engagement geprägte Arbeit der LAGA in den wenigen Jahren ihres Bestehens verfolgt hat, der weiß, daß diese Mittel gut angelegt sind.

Gerade angesichts der in 40 Städten schon am letzten Wochenende abgehaltenen und in rund 100 Städten noch ausstehenden Ausländerbeiratswahlen möchte ich ausdrücklich betonen: Es ist gut, daß wir diese LAGA in Nordrhein-Westfalen haben. Zu Beginn dieser Legislaturperiode gab es sie noch nicht. Aber am Ende dieser Legislaturperiode ist sie ein allseits geschätzter Gesprächspartner.

Auch für die Gruppe der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler sind wir in der glücklichen Lage, mit einer gleichermaßen engagierten Einrichtung zusammenarbeiten zu können, nämlich dem Landesbeirat für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen. Auch hier finden wir Sachverstand, Engagement und Unterstützung bei unseren Bemühungen um die Verbesserung der sozialen Situation der Zugewanderten. Im Landeshaushalt stehen für die Arbeit des Landesbeirats und des Bezirksbeirats Detmold im kommenden Jahr wieder insgesamt 260.000 DM zur Verfügung. Davon fließen mehr als 90 % dem Landesbeirat zu.

Ich möchte jetzt zur Entwicklung bei den gesetzlich geregelten Ausgaben kommen: Während bei den Leistungen für einmalige Kapitalentschädigungen und Unterstützungsleistungen nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz mit 1,1 Millionen DM der gleiche Ansatz vorgesehen ist wie im laufenden Haushaltsjahr, ergeben sich für die anderen Bereiche mehr oder weniger deutliche Kürzungen. Bei den Kostenpauschalen nach § 4 des Flüchtlingsaufnahmegesetzes - das betrifft den Personenkreis der jüdischen Kontingentflüchtlinge - ist eine Kürzung um 7 Millionen DM auf 93 Millionen DM vorgesehen. Dieser verminderte Ansatz berücksichtigt die Ausgabenentwicklung im laufenden und im vergangenen Jahr. Die Entwicklung beim Zuzug von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern führt zu einer weiteren Reduzierung, allerdings einer geringfügigeren, von 55 Millionen DM im laufenden Haushaltsjahr auf 54 Millionen DM im kommenden.

Auch bei der Kostenerstattung nach § 5 Abs. 2 des Flüchtlingsaufnahmegesetzes für unbegleitete junge Flüchtlinge ist in Anpassung an den tatsächlichen Bedarf eine Reduzierung um 190.000 DM auf 160.000 DM vorgesehen.

Abschließend will ich auf den Haushalt der Landesstelle Unna-Massen und den des Landeszentrums für Zuwanderung eingehen. Die Ausgaben sind hierzu im Kapitel 15 510 zusammengefaßt: Der Rückgang des Spätaussiedlerzuzugs wird selbstverständlich auch in der Landesstelle in Unna-Massen spürbar. Unsere Aufgabe sehen wir darin, den konzeptionellen Umbau der Landesstelle zu einer integrationsfördernden Serviceeinrichtung - das ist der ganz entscheidende Gesichtspunkt: Es geht nicht nur um die Aufnahme, sondern gleichzeitig eine Serviceeinrichtung zur Integrationsförderung - fortzusetzen und gleichzeitig die dort vorhandenen Ressourcen so zu steuern, daß wir den Anforderungen an eine sparsame Haushaltsführung gerecht werden. So sind im Haushalt der Landesstelle unter Berücksichtigung des verminderten Zuzugs Einsparungen bei den sächlichen Verwaltungsausgaben in Höhe von 1,3 Millionen DM vorgesehen. Wir halten es überdies für verantwortbar, als Konsequenz aus

dieser Entwicklung auch den Personalbestand in Unna-Massen mit Augenmaß zu reduzieren. So sollen 12 Angestelltenstellen und 19 Arbeiterstellen künftig wegfallen. Die Stellenreduzierungen werden im Ergebnis aber die hohe Qualität der Arbeits-, Unterbringungs-, Versorgungs-, Beratungs- und Integrationsleistungen in der Landesstelle Unna-Massen nach unserer Überzeugung nicht beeinträchtigen.

Der im Haushaltsansatz der Landesstelle Unna-Massen ausgewiesene Finanzierungsanteil des Landeszentrums für Zuwanderung wird im kommenden Jahr gegenüber dem laufenden Haushalt um knapp 132.000 DM auf dann 1,872 Millionen DM ansteigen. Nach dem Ausbau des Landeszentrums steigen die Personalkosten natürlich, während die zwischenzeitlich erfolgte vollständige Ausstattung des Landeszentrums eine Einsparung bei den sächlichen Verwaltungsausgaben geboten erscheinen läßt. Das Minus in Höhe von 137.000 DM ist jedoch vertretbar.

Meine Damen und Herren, der Haushaltsentwurf der Landesregierung für die Integrationspolitik in Nordrhein-Westfalen setzt auch im Jahr 2000 deutliche Zeichen. Wir sichern damit das hohe Niveau der Migrationssozialarbeit und der interkulturellen Arbeit bei den Kommunen, den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege, den Migrantenselbstorganisationen und nicht zuletzt natürlich auch den genannten Landeseinrichtungen. Dieser Haushalt, so denke ich, zeigt überdies, daß sich der Sparwille und die Notwendigkeit zum Sparen mit der gleichzeitigen Entschlossenheit zur Gestaltung gesellschaftlicher Prozesse durchaus in Einklang bringen lassen. - Vielen Dank."

Der Ausschuß verständigt sich darauf, die Haushaltsberatungen am 28. Oktober fortzusetzen und am 25. November abzuschließen.

4 Migrantinnen und Migranten im Sport

Einleitend macht Ausschußvorsitzende **Christiane Bainski** auf die zum Thema dieses Tagesordnungspunktes gehörende Vorlage 12/2753 aufmerksam. Dort sei die Rede der Ministerin für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport nachzulesen, die sie am 7. Juni 1999 im Rahmen der 35. Sitzung des Sportausschusses gehalten habe.

Sodann erstattet Staatssekretär **Dr. Baedeker** folgenden Sachstandsbericht:

"Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Der Sport in Nordrhein-Westfalen hat einen hohen auch gesellschaftspolitischen Stellenwert. Er ist ein wichtiges Element für das Zusammenleben aller Bürgerinnen und Bürger in unserem Land, auch - das betone ich ausdrücklich - für diejenigen ohne deutschen Paß. Es ist deshalb die Absicht des Sport- und Sozialministeriums - diese beiden Ressorts stelle ich einmal heraus - dieses Landes, den Prozeß der Teilhabe von ausländischen Bürgerinnen und Bürgern sowie Spätaussiedlern am Sport nachhaltig zu unterstützen und dabei den Integrationsprozeß zu forcieren.